

## INTERVIEW

ROHSTOFFE

# „Wir brauchen geschlossene Stoffkreisläufe“

Christiane Walerich

**Im Rahmen ihrer Kampagne „Leurs minerais, notre richesse“ lud „Action Solidarité Tiers Monde“ diese Woche die Geografin Nicola Jaeger zu einem Vortrag ein. Am Beispiel der Philippinen zeigt sie, wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik zukünftig die lokale Entwicklung weltweit zu untergraben droht. Die woxx sprach mit ihr.**

**woxx:** Inwiefern greift die EU-Handels- und Rohstoffpolitik in die Entwicklung der Länder des Südens ein?

**Nicola Jaeger:** Das tut sie auf vielerlei Ebenen. Zum einen im Bereich der Handels- und Investitionspolitik, wo ganz konkrete Maßnahmen durchgesetzt werden, um die Rohstoffversorgung für europäische Unternehmen sicherzustellen. Die strategische Stoßrichtung wird in der „Raw Materials Initiative“ vorgegeben, die 2008 gestartet wurde und dazu dient, einen neuen Zugang zu bestimmten Märkten zu gewinnen.

**Der Druck kommt also von der Industrie?**

Ja. Und zwar ganz speziell von der deutschen: In Deutschland gibt es eine Rohstoffstrategie, und das, was dort im Bereich Handel und Investitionen gefordert wird, findet sich eins zu eins in der europäischen Rohstoffinitiative wieder. Die „Raw Materials Initiative“ zielt auf drei Problemfelder. Das erste ist der Zugang zu den weltweiten Märkten. Das zweite ist die Gewinnung von Rohstoffen in Europa und der Umgang mit den Naturschutz-Gesetzgebungen, die ihr im Wege stehen. Das dritte schließlich das Recycling, das allerdings in der Ausführung der Rohstoffinitiative nur unzureichend behandelt wird, da keine konkreten Maßnahmen vorgeschlagen werden. Das Herzstück der „Raw Materials Initiative“ sind jedoch die Ausführungen zum ersten der genannten Felder, d. h. zur Handels- und Investitionspolitik: Hier werden die kritischen Rohstoffe benannt, die knapp werden könnten, aber insbesondere in der Hightechindustrie benötigt werden oder in Ländern liegen, die politisch instabil sind. Man hat sozusagen festgelegt, um was man sich kümmern will, und zugleich die Ge-

gebenheiten ermittelt, die einem Abbau durch europäische Unternehmen im Wege stehen könnten - also Ausfuhrverbote, Exportbeschränkungen oder Steuern, die den Export verteuern und gleichzeitig eine Verarbeitung im Land günstiger machen. Die EU will solche Beschränkungen weltweit abschaffen, zumindest reduzieren oder zeitlich beschränken. Problematisch ist die Argumentation der EU, dass es hierbei um Freihandel und gleiche Marktchancen für alle geht. Aber ich denke, dass inzwischen diverse Studien hinreichend nachgewiesen haben, dass Freihandel letztlich nur dem Stärkeren nutzt. Dagegen sind Instrumente wie Ausfuhrbegrenzungen wichtige Hilfsmittel der Entwicklungsländer bei ihrer Bemühung, sich aus der Exportabhängigkeit von bestimmten Rohstoffen zu befreien. Als Exportzölle helfen sie diesen Ländern, ihre Wirtschaft zu diversifizieren und so die Abhängigkeit von den Industrieländern zu verringern.

**Die EU greift auch bei Investitionen ein?**

Der EU ist auch der Investitionsschutz sehr wichtig, also Regelungen, wodurch die Rechte von Unternehmen statt vor den nationalen vor internationalen Handelsschiedsgerichten eingeklagt werden können. Dabei sind diese Rechte so auslegungsfähig, dass sie zu einer Art Bestandsschutz werden: Wenn einmal zu bestimmten Bedingungen in einem Land investiert wurde, dann dürfen diese Bedingungen für das Unternehmen nicht geändert werden. Das geht so weit, dass eine Umweltgesetzgebung, eine soziale Gesetzgebung oder einfach nur eine Steueranhebung, die die Gewinne der Unternehmen schmälern würde, nicht mehr möglich sind, beziehungsweise finanzielle Ausgleichszahlungen für entgangene Gewinne nach sich ziehen. Dies, in Kombination mit weitreichenden Rechten für die Unternehmen, nimmt den Entwicklungsländern fast jegliche Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln.

**Wie sieht die Situation auf den Philippinen aus?**

Die Philippinen sind ein Musterbeispiel für das, was passiert, wenn

den Multis so weitreichende Rechte zugestanden werden. Die Philippinen besitzen die drittgrößten Goldreserven, die viertgrößten Kupfer- und die sechstgrößten Nickelreserven der Erde. Schon Ende der 1980er Jahre mußte der Staat vom Internationalen Währungsfond und der Weltbank verlangte Strukturanpassungen durchführen, die durch weitere politische Maßnahmen wie den Beitritt zur Welthandelsorganisation oder 1995 durch die Einführung des „Mining Act“, wodurch den Investoren weitreichende Vergünstigungen - so etwa das Recht, große Flächen für lange Zeiträume zu leasen, Straßen und Tunneln zu bauen, unentgeltlich Wasserressourcen zu nutzen - eingeräumt wurden, letztlich zum Nachteil der eigenen Bevölkerung. Die Unternehmen bilden eine Art Staat im Staate: Es gibt enorme Steuernachlässe; Importe für den Bergbaubereich sind von Steuern befreit. Der philippinische Staat gibt sehr viele Möglichkeiten aus der Hand, ohne dass ein gleichwertiger Nutzen für die Bevölkerung entsteht. Natürlich gibt es auch Gewinner, nämlich die Eliten im Land, die diese Gesetze verteidigen, weil sie von ihnen profitieren. Die Bevölkerung dagegen trägt die Nachteile: die Unfallrisiken, die sozialen Lasten, die Umweltverschmutzung.

**Welche Alternativen gibt es zur Politik der lokalen Regierung?**

Es gibt verschiedene Gruppierungen auf den Philippinen, die eine positive Alternative zu entwickeln versuchen und fordern, dass vor Ort eine wirkliche Evaluierung der Folgen für Natur und Bevölkerung angestellt wird. Überhaupt müsse die Bevölkerung schon im Vorfeld in Planung und Entscheidungen mit einbezogen werden. Gefordert werden auch strengere Umweltgesetzgebungen und - vor allem - die Garantie, dass sie auch umgesetzt werden. Für die lokalen Gemeinden wird eine stärkere Verschränkung mit der nationalen Wirtschaft als wichtig angesehen, damit Arbeitsplätze für die Bevölkerung der Region entstehen. Häufig sind nämlich beim industriellen Bergbau Arbeitskräfte aus anderen Regionen oder auch Ländern tätig, sodass für die lokale Bevölkerung allenfalls schlecht bezahlte Stel-

len als Hilfsarbeiter bleiben. Gefordert wird ebenfalls, dass die Rohstoffe nicht mehr als Rohstoffe exportiert werden, sondern im Land weiterverarbeitet werden, um so eine höhere Wertschöpfung zu erzielen.

**Wie weit geht der Widerstand gegen diese EU-Handelspolitik?**

Hier passiert noch immer viel zu wenig, Brüssel ist weit weg, der Abbau der Rohstoffe findet im Ausland statt. So sind es nur einige wenige Organisationen, die sich kritisch mit der Handels- und Investitionspolitik der EU auseinandersetzen. Die Außenpolitik der EU darf den anderen Ländern nicht ihren politischen Handlungsspielraum wegnehmen. Jedoch gibt es bisher keinen großen koordinierten Protest. Darum stellt sich die Frage, was kann der Einzelne tun? Es ist stärkerer politischer Widerstand gegen die Maßnahmen der EU vonnöten; ich hoffe deshalb, dass es künftig eine stärkere Vernetzung geben wird. Der Kern der Rohstoffproblematik ist natürlich, dass wir zu viele Rohstoffe verbrauchen: Der Pro-Kopf-Rohstoffverbrauch in der EU ist viermal höher als in Afrika. Das Wirtschaftssystem muss, was den Ressourcenverbrauch anbelangt, anders organisiert werden. Wir müssen zu einem nachhaltigen Modell finden mit geschlossenen Stoffkreisläufen. Hier gibt es erste Ansätze; seit Jahrzehnten wird gefordert, dass Produkte hergestellt werden, die wirklich recyclebar sind, d. h. in ihre Bestandteile zerlegt und wiederverwendet werden können. Ein massives Umdenken ist erforderlich, ein Wegkommen von der Wegwerfmentalität - also eine prinzipielle Verringerung unseres Konsums. Dazu müssen Güter hergestellt werden, die langlebiger sind, die auch gemeinsam genutzt werden können. Hier kann jeder Einzelne aktiv werden.



ZUR PERSON:

Nicola Jaeger ist diplomierte Geografin. Sie leitete den Bereich Internationale Handels- und Investitionspolitik bei Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung im Verein WEED e.V. Zurzeit ist sie freie Autorin und Redakteurin, unter anderem bei Powershift e.V.